



22.03.2019

Mitglieder des Kreistags  
und des Sozialausschusses  
des Landkreises Esslingen

Kurzprotokoll über die Sitzung  
des Sozialausschusses  
vom 21.03.2019

- Öffentlich -

**1. Sachstandsbericht zur Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Esslingen**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Vorlage 38/2019 zur Kenntnis.

**2. Flüchtlingshilfe - Konzeption zur Koordination und Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis - befristete Verlängerung der Förderung bis 2020**

Der Sozialausschuss fasst folgende Beschlüsse:

- 2.1 Der Verlängerung der Förderung zur Unterstützung der kommunalen Koordinationsstellen im Ehrenamt der Flüchtlingshilfe bis 31.12.2020 wird einstimmig zugestimmt.
- 2.2 Der Landkreis beteiligt sich an der Finanzierung des Personals der kommunalen Koordinationsstellen für das Ehrenamt im Zeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2020 mit bis zu 35.000 EUR pro Stelle (75 % Entgeltgruppe 10 Stufe 3).
- 2.3 Die Verwaltung berichtet im Frühjahr 2020 wieder im Ausschuss (9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen).

**3. Konzeption - Psychische Hilfen, Beratung, Therapie für psychisch belastete Menschen mit Fluchterfahrung, insbesondere Traumatisierung  
- Zwischenbericht**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Vorlage 26/2019 zur Kenntnis.

**4. Bericht zur Konzeption Schulbegleitung**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Vorlage 35/2019 zur Kenntnis.

**5. Kommunale Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung - Tätigkeitsbericht 2018**

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Vorlage 36/2019 zur Kenntnis.

- Nichtöffentlich -

**6. Pflegestützpunkte - Konzeptionelle Weiterentwicklung der Beratungsstrukturen im Landkreis**

Der Sozialausschuss fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 6.1 Dem Konzept zur Weiterentwicklung der Pflegestützpunktinfrastruktur auf der Basis des Rahmenvertrags wird zugestimmt.
- 6.2 Die Verwaltung wird beauftragt das Initiativrecht zur Weiterentwicklung und zum Ausbau der Pflegestützpunktinfrastruktur auszuüben.
- 6.3 Die Verwaltung wird beauftragt mit den Kranken- und Pflegekassen Verhandlungen aufzunehmen, um auf Basis einer bedarfsabhängigen Sozialplanung bis 2021 einen Stellenschlüssel von bis zu 1:30.000 zu vereinbaren.
- 6.4 Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Kranken- und Pflegekassen die Möglichkeiten zu Berücksichtigung vorhandener Beratungsstrukturen entsprechend § 1 Abs. 4 des Rahmenvertrages sowie deren Finanzierung über den Rahmenvertrag zu verhandeln, um vorhandene örtliche Strukturen bestmöglich zu nutzen und zu sichern (Antrag der Freien Wähler).